

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 24 (1944-1945)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Probleme der Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung  
**Autor:** Walter, Emil J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-335102>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

kunft mitarbeiten, ohne etwas von ihrer Unabhängigkeit und Freiheit preiszugeben, würde viel größere Aussichten für die Sicherung des Weltfriedens bieten als eine Welt, in der einige Große, ohne Rücksichtnahme auf das Lebensrecht der Kleinen, regieren und alles so ordnen, wie sie es für richtig halten.

Wir müssen deshalb unsere Neutralität verteidigen und hochhalten, im Bewußtsein, daß sie unserem Volk seine Eigenart, seine Existenz und seine Entwicklungsmöglichkeit garantiert und damit das Schweizervolk in die Lage versetzt, den größten ihm möglichen Beitrag für die Weiterentwicklung der Menschheit zu leisten.

---

## Probleme der Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung

Von Emil J. Walter

An der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft vom 23./24. Juni 1944 in Frauenfeld wurde «Das Problem der Vollbeschäftigung» durch drei Hauptreferate der Herren Professor Böhler, Professor Marbach und Professor Lorenz und anschließender Diskussion behandelt. Alle wirtschaftspolitischen Richtungen unseres Landes kamen zum Ausdruck. Bloß von der «Neuen Schweiz» wurde nicht gesprochen.

Es sind eine Reihe von Gründen, welche diese Tatsache bestimmt haben. Einmal sind jene Genossen, die sich mit volkswirtschaftlichen Problemen beschäftigen können und wollen, derart mit organisatorischer Arbeit überlastet, daß sie sich für theoretische Arbeit kaum frei machen können. Zudem fehlt immer noch eine besondere Forschungsstelle der Partei, welche die durch das Programm der «Neuen Schweiz» aufgeworfenen rechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen laufend zu studieren hätte. Es sei nur an die ganz vorzügliche Studie des Genossen L. Frank «Vorarbeit für die ‚Neue Schweiz‘» im letztjährigen Oktoberheft der «Roten Revue» erinnert: «Unsere dringende Aufgabe ist es, die wissenschaftlichen Fundamente des aufbauenden Sozialismus' zu legen. Daß wir damit nicht mehr zu früh kommen, liegt auf der Hand. Die vorgerückte Stunde kann kein Grund sein, die Arbeit überhaupt liegen zu lassen. Entweder wir packen sie an, oder die ‚Neue Schweiz‘ bleibt ein schönes Programm.»

Vor allem dürfte der Optimismus, wie er an der Frauenfelder Tagung zum Beispiel von Nationalrat Eder vertreten wurde (er meinte u. a.: «Ich bin der Meinung, daß unser Land mit großen moralischen Sympathien in die Nachkriegszeit eintreten wird. Dies dürfte sich auf politischem, aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete günstig auswirken»), und kennzeichnend war für die Haltung weiter bürgerlicher Kreise vor der russischen Absage und der amerikanischen Dusche, gerade für unsere Kreise ein Ansporn sein, sich mit größter Intensität mit den aktuellen Pro-

blemen der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit zu beschäftigen. Dazu bedarf es — wie Genosse Frank gezeigt hat — umfassender juristischer Studien, dazu bedarf es aber auch — und dies muß als Ergänzung zu den Gedankengängen des Genossen Frank betont werden — ebenso gründlicher Abklärung der *wirtschaftspolitischen Fragen*.

Über die Bedeutung wirtschaftspolitischer Fragen sind irrtümliche Auffassungen auch in unseren Reihen weit verbreitet. Vor allem muß hier betont werden, daß die «Neue Schweiz» in der Hauptsache auf die entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen keine Antwort gibt. *Die «Neue Schweiz» ist ein Rahmenprogramm, aber kein Wirtschaftsplan.* Die «Neue Schweiz» umschreibt die politische Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber den Ansprüchen und Interessen der verschiedenen Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung der Schweiz, aber sie kann nicht konkrete Angaben enthalten über die Wirtschaftspolitik selbst. Die «Neue Schweiz» schildert die Organisation, welche geschaffen werden soll, um die schweizerische Volkswirtschaft in den Dienst des Volkes und der Arbeit zu stellen, aber da es sich nur um ein Programm und nicht um einen volkswirtschaftlichen Plan handelt, wird kein Wort von der Größe des volkswirtschaftlichen Einkommens, dem zur Verfügung stehenden Volksreichtum und der entsprechenden Verteilung auf die verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren gesprochen.

Die Wirtschaftspolitik aber beschäftigt sich mit Maßnahmen zur Beeinflussung, Aufrechterhaltung und Förderung des *volkswirtschaftlichen Kreislaufes*. Wirtschaftspolitik ist — schlagwortartig ausgedrückt — «volkswirtschaftliche Betriebslehre». Wirtschaftspolitische Vorschläge betreffen alle jene Maßnahmen, welche geeignet sind, den volkswirtschaftlichen Kreislauf zu verändern. Während der dogmatische Wirtschaftsliberalismus der Auffassung war, die beste Wirtschaftspolitik sei der Verzicht auf jeden staatlichen Eingriff in das wirtschaftliche Leben, sei die Politik des «laissez faire, laissez aller», weil die freie Wirtschaft über genügend Tendenzen zur Selbstheilung und Selbstgesundung verfüge, sind sich heute die meisten Nationalökonomien darüber einig, daß Wirtschaftskrisen nur durch eine *aktive Konjunkturpolitik* bekämpft und gemildert werden können.

Es besteht aber noch keine Klarheit darüber, was unter *sozialistischer Konjunkturpolitik* zu verstehen ist. Wohl fordern die sozialistischen Kreise unseres Volkes Arbeitsbeschaffung und Vollbeschäftigung, die Verwirklichung des Rechtes zur Arbeit, aber es liegen keine konkreten Pläne vor, welche über die offiziellen Vorschläge des bundesrätlichen Delegierten für Arbeitsbeschaffung hinausgehen würden. Anstatt selbst konkret faßbare Vorschläge für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen Wirtschaftskrise aufzustellen, begnügt man sich in weiten Kreisen der Arbeiterbewegung mit der Formulierung allgemeiner Grundsätze, wozu als spezifisch parteipolitisch gefärbte Nuance lange Zeit die Forderung auf Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland gehörte.

Zu einer Politik der Vollbeschäftigung gehört ein *Plan zur Organisation des schweizerischen Außenhandels*, gehören *Detailpläne über die*

*Finanzierung der öffentlichen Bautätigkeit und anderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, gehören Untersuchungen über die Preis-, Lohn- und Währungspolitik. Was heißt das im einzelnen?*

Professor Eugen Böhler hat eben unter dem Titel «Grundlehren der Nationalökonomie» eine «Einführung in die Wirtschaftsbetrachtung» herausgegeben, welche die *Kreislaufbetrachtung* in den Mittelpunkt stellt: «Erfahrungsgemäß ist die Kreislauftheorie praktisch viel fruchtbarer als die Markttheorie. Eine einführende Darstellung der Nationalökonomie, die von diesem Ausgangspunkt ausgeht, ist gegenwärtig in deutscher Sprache nicht verfügbar.» Damit berühren sich die Gedankengänge von Professor Böhler eng mit den Gedankengängen von Karl Marx. Denn eines der wesentlichsten Merkmale der Wirtschaftslehren von Karl Marx ist die Betonung des Kreislaufcharakters der Wirtschaft. Das wirtschaftliche Leben einer Nation ist ein Prozeß, dessen Gesetze nicht mit den Gesetzen des Betriebes der Einzelwirtschaften übereinstimmen. Was für den einzelnen Betrieb vorteilhaft sein kann, ist sehr häufig, volkswirtschaftlich betrachtet, schädlich, wenn durch die betreffenden Maßnahmen die Gleichgewichtsgesetze des Kreislaufprozesses gestört werden. Rohstoffe, Produktionselemente (wie Maschinen, Gebäude), Konsumgüter müssen in ganz bestimmten, aufeinander abgeglichenen Mengen erzeugt werden, damit in der arbeitsteiligen Wirtschaft keine Stockung des Güterumsatzes eintritt.

Gehen wir der Reihe nach die zur Erzielung der Vollbeschäftigung in Betracht zu ziehenden wirtschaftspolitischen Probleme durch. Die Schweiz braucht zur Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Exportindustrie Rohstoffe, einerseits Lebensmittel, andererseits Kohle, Metalle, Chemikalien usw. Im Wirtschaftsplan muß eine Entscheidung getroffen werden, welche Importe erwünscht und lebensnotwendig, welche dagegen weniger lebenswichtig sind. Je mehr importiert wird, um so mehr Güter müssen wir auch exportieren. Dies wird in der Nachkriegszeit, da ein schöner Teil unserer bisherigen ausländischen Kapitalien wegen Zerstörung abgeschrieben werden muß, in vermehrtem Maße der Fall sein. Die Importpolitik, wozu die Frage der Einfuhrmonopole, der Gestaltung der Zölle, der Kompensationsverkehr wie auch die Währungs- und Devisenpolitik gehören, hängt weitgehend ab von den Zielen und Möglichkeiten der Exportpolitik, von dem Ausmaße, in welchem unsere Volkswirtschaft in der Lage ist, den Export zu finanzieren und zu kreditieren. Dabei ist es nicht gleichgültig, ob die Gegenwerte, die wir durch den Warenexport und vielleicht auch noch durch den Fremdenverkehr gewinnen, zum Kauf von Luxusautomobilen oder zum Import von Gütern für den Massenbedarf verwendet werden.

Nicht weniger wichtig sind die grundsätzlichen Entscheidungen, welche auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs zu treffen sind. Da wird von seiten der Behörden, vom Schweizerischen Hotelierversband und vom Fremdenverkehrsverband die Meinung verfochten, unsere Hotelindustrie müsse durch Bundesmittel in dem Sinne saniert werden, daß unsere Hotels in der Nachkriegszeit wieder Scharen von reichen und überreichen Gästen an sich ziehen können. Als idealer Gast schwebt diesen Kreisen der eng-

lische Lord, der amerikanische Milliardär oder Filmstar vor. Damit ist aber keine Sanierung der Fremdenindustrie zu erreichen. Unsere Hotelindustrie kann nur dann gesund, wenn der innerschweizerische Einkommensstrom so gelenkt wird, daß die breiten Massen der Bevölkerung dank bezahlten Ferien und Ferienzuschüssen nicht nur in den Saisonspitzen, sondern zeitlich vernünftig verteilt, unseren schwer leidenden Kurgebieten Verdienst und Arbeit bringen können. Die *Sanierung des Fremdenverkehrs* ist ein Problem des volkswirtschaftlichen Kreislaufes, der Lenkung und Verteilung der innerschweizerischen Kaufkraft.

Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Überlegungen aber steht die *Finanzpolitik*. Kürzlich hat ebenfalls Professor E. Böhler eine wertvolle Studie «Zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung» in der Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung herausgegeben. Danach weist das Problem der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung einen dreifachen Aspekt auf: «1. das allgemeine volkswirtschaftliche Problem der Umschreibung der Bedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn die ganze Aktion Erfolg haben soll, 2. die Frage der Finanzierung der Ausgaben der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, und 3. das Problem der Finanzierung der privaten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.» Professor Böhler schlägt vor, die Finanzierung des Ausgabenüberschusses der öffentlich-rechtlichen Körperschaften durch Anleihen vorzunehmen, wobei die endgültige Steuerdeckung auf die Zeit günstigerer Konjunkturlage zu verschieben sei, «weil dann die Steuerlasten aus dem ansteigenden Volkseinkommen leichter getragen werden» könnten. «Sollten dagegen in der Kriegs- oder während einer etwaigen Nachholungskonjunktur Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erforderlich werden, so wäre bei der Deckung der öffentlichen Ausgaben eine restriktive Finanzierung durch Steuern anzustreben und Anleihen nur so weit heranzuziehen, als sie aus den laufenden Ersparnissen aufgebracht werden können.»

Demgegenüber ist unseres Erachtens daran festzuhalten, daß vom sozialistischen Standpunkte die *Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Steuern gefordert werden muß, um eine gleichmäßigere Verteilung der Kaufkraft* zu erreichen. Die beiden anderen Maßnahmen der Finanzierung, nämlich die Geldschöpfung (für die Professor Marbach eintritt), und die Aufnahme von Anleihen (wie sie von den Professoren Böhler und Jöhr verfochten wird) laufen letzten Endes in dieser oder jener Form auf eine offene oder verdeckte Form der Inflation heraus.

Jedes Anleihen wird ja aufgenommen mit dem Versprechen, das Anleihen wieder mit Zins und Zinseszinsen zurückzuzahlen, das heißt aus zukünftigen Steuern aufzubringen. Praktisch hat aber dieses Finanzierungssystem im Laufe der Jahrhunderte immer wieder zu einer indirekten Schuldenabschüttelung in Form der Geldentwertung geführt: Werden die Staatsschulden zu groß, so werden die Anleihen in ewige Renten verwandelt und schließlich durch eine allgemeine Hebung des Preisniveaus entwertet und wieder auf das «volkswirtschaftlich erträgliche» Maß zurückgeschraubt.

Die Frage, ob Steuern oder Anleihen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung herangezogen werden sollen, ist u. E. weniger ein finanz-



technisches, denn ein sozialpsychologisches Problem. Solange die Kapitalinteressen die öffentliche Meinung beherrschen, wird die scheinbar reichungslosere Methode der Anleihenfinanzierung vorgezogen werden; es ist vielleicht mehr als kennzeichnend für das russische System, daß dieses in das andere Extrem, in das Extrem der Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaues durch ganz rigorose Umsatzsteuern verfallen ist. Immerhin ist vom wirtschaftlichen Standpunkte aus die russische Methode konsequent: die Mittel zur Vollbeschäftigung, die Mittel zur Akkumulation und Kapitalbildung werden aus dem *laufenden Ertrag* der volkswirtschaftlichen Tätigkeit bestritten. Und darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, daß, im großen gesehen, dies auch die einzige Methode sein dürfte, welche für den Wiederaufbau Europas in Frage kommen wird. Internationale Kredite werden nur in ganz ungenügendem Maße zum Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Dazu ist der Umfang der effektiven Kapitalvernichtung durch die Wirkungen dieses Krieges viel zu groß.

Auch die schweizerische Volkswirtschaft wird sich auf den Warenverkehr mit einer weitgehend verarmten und ausgebluteten europäischen Wirtschaft einstellen müssen, die uns Kohle und andere unentbehrliche Rohstoffe nur in beschränktem Maße zur Verfügung stellen wird. Um so wichtiger ist der Wille zum *Volleinsatz der Arbeitskräfte im innenwirtschaftlichen Sektor*, handle es sich um die konsequente Förderung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion, oder um die Schaffung von menschenwürdigen Heimstätten für das ganze Schweizervolk. Daß aber gerade das Problem eines systematischen Wohnungsbaues, einer vernünftigen Regionalplanung nicht ohne weitgehende rechtliche Eingriffe in die Sphäre des Privateigentums gelöst werden kann, ist u. E. so offensichtlich, daß darüber faktisch keine Diskussion notwendig sein sollte. Aber die politischen und sozialpsychologischen Widerstände gegen eine Beschränkung des Privateigentums sind so groß, daß ein praktischer Wandel der schweizerischen öffentlichen Meinung erst in dem Augenblicke zu erwarten steht, wenn die wirtschaftliche Not zum Umdenken und Umlernen zwingen wird. Daß diese Phase der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Kriegsende zusammentreffen dürfte, scheint uns klar zu sein. Erst die Nachkriegszeit wird die große, entscheidende Bewährung der schweizerischen Wirtschaftspolitik bedeuten. Die Jahre, die hinter uns liegen, haben gewiß große Schwierigkeiten mit sich gebracht; die Zukunft aber wird viel größere Schwierigkeiten vor uns auftürmen und zum Umdenken nicht nur auf dem Gebiete der Außenpolitik zwingen.

---

## Was haben sie zu tun?

*Zur persönlichen und wirtschaftlichen Lage zurückgekehrter  
Emigranten im künftigen Deutschland*

Die Frage, wie das künftige Deutschland sich zu seinen zurückgekehrten Emigranten stellen wird, ist bisher in der schweizerischen Öffentlichkeit